

Koblenz, den 07. Juni 2013

Stellungnahme des Ökologischen Ärztbundes Deutschland (ÖÄB) zur

„Konsultation der Europäischen Kommission zum Grünbuch zu einer europäischen Strategie für Kunststoffabfälle in der Umwelt“

In Anbetracht dessen, dass der Ökologische Ärztbunde (ÖÄB) erst am 07. Juni 2013 morgens Information erhielt über obige öffentliche Konsultationsanfrage der EC ist es uns - unter Einhaltung der deadline - nur möglich, unsere Sichtweise stark verkürzt und in grundlegender Form darzulegen.

Im übrigen verweisen wir auf die ausführliche Stellungnahme des BUND (Friends of the Earth Germany), die wir vorbehaltlos unterstützen.

GRUNDSÄTZLICHES:

Die Verschwendung von begrenzten Ressourcen in einer nicht mehr rückholbaren Form z.B. durch Verbrennung oder als gemeinsame Deponierung mit sonstigen Müllabfällen ist weder mit einer nachhaltigen Wirtschafts- oder sonstigen Lebensform vereinbar und lässt jegliche Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen vermissen.

Die bisherige Praxis der Kunststoffverbrennung mit sonstigem Müll oder in der Stahlindustrie führt zu einer vermehrten CO₂ Belastung der Atmosphäre und beschleunigt die drohende Klimakatastrophe und ist auch deshalb unvereinbar mit den Klimazielen der Vereinten Nationen und nationaler Staaten. Als Ärzteverband mit Schwerpunkt auf dem Bezug zwischen Umweltveränderungen und Gesundheit und hierin vielen qualifizierten Umweltärzten und Wissenschaftlern kennen auch die realen und potenziellen Gesundheitsgefahren durch Müllverbrennung, insbesondere auch der Kunststoffe, die die Biosphäre belasten und in ihrem Kreislauf auch in die Endlagerstätte Mensch gelangen. Auch die Deponierung von Plastikmüll stellt eine Gesundheitsgefahr dar, da es zu Ausgasung von Kunststoffabbau- und -vernetzungsprodukten mit anderen Chemikalien kommen kann. Weiterhin stellt die Kunststoffdeponierung langfristig eine Gefahr für das Grundwasser und damit unseres Trinkwassers dar.

1. Als erste Maßnahme ist es deshalb erforderlich, dass jegliche Subventionierung oder sonstige Begünstigung der Verbrennung/Deponierung von Kunststoffabfällen eingestellt wird. Bekanntlich stellt die EU immer noch für solche Maßnahmen Fördermittel zur Verfügung.
2. Sämtliche Kunststoffe müssen vollständig recycelt und damit in eine Kreislaufwirtschaft überführt werden.
Hierzu ist es erforderlich, ein Produktionsverbot für alle nicht-recyclbare Kunststoffe zu erwirken. Um Plastikabfälle der Wiederverwendung zuzuführen, bedarf es einer leicht erkennbaren Markierung sämtlicher Kunststoffe. Die Schaffung deutlicher finanzieller Anreize zum Sammeln von Plastikmüll ist erforderlich, damit möglichst sämtliches verbrauchtes Plastikmaterial Recyclingverfahren zugeführt werden kann.
3. Zusätze in Kunststoffmaterialien, die Nanopartikel enthalten oder Kleinpartikel oberhalb der Nanogröße bedürfen – wegen der ungeklärten Gesundheitsfragen eines Produktionsverbots. Das Gleiche gilt für Zuschläge in den Kunststoffen, die Chemikalien enthalten, die im menschlichen Körper Einfluss auf den Hormonhaushalt und

dessen Rezeptoren haben. Die hier möglichen Gesundheitsgefahren (endogen disruptures) sind bekannt, die Ursache des Übels aber immer noch nicht beseitigt.

4. Es ist auf dem Gesetzgebungs- und Verordnungswege dafür Sorge zu tragen, dass Plastikmüll-/Kunststoffmaterial, dass in de EU produziert bzw. benutzt wird, nicht außerhalb der EU transportiert wird, damit eine nichtkontrollierbare und möglicherweise unverantwortbare Entsorgung verhindert wird.

Sofortmaßnahmen:

Eine sofort mögliche Maßnahme, die von erheblicher Symbolkraft wäre, ist ein Verbot sämtlicher Plastik-/Kunststofftragetaschen. Diese Tragetaschen stellen einen erheblichen Prozentsatz des Plastikmülls in den Ozeanen und Meeren dar, deren Masse beträgt schon heute viele Millionen Tonnen Plastikmaterial, das für Jahrzehnte bis Jahrhunderte unverrottbar ist und bereits heute eine erhebliche Gefahr für aquatische Lebewesen und die Ernährungsbasis durch Fische und Krustentiere von Hunderten Millionen Menschen bedroht.

Alle übrigen oben erwähnten erforderlichen Maßnahmen sollten unverzüglich ergriffen werden, der angedachte Zeitraum bis 2020 ist viel zu lang und würde zu erheblichen irreparablen Schäden führen.

Der ökologische Ärztenbund steht der europäischen Kommission gern zur Mitarbeit zur Verfügung.

Dr. med. Wolfgang Stück

Internist – Diplom Umweltarzt

Vorstand Ökologischer Ärztenbund

Directing Board Member der ISDE

Scientific Advisor on Risk Assessment and Public Health appointed by the European Commission